

Juli 2020

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
EU-Ratspräsidentschaft: Klimaschutz und Corona-Folgen im Vordergrund.....	2
Die Deutschen und die EU: Gut die Hälfte für vertiefte Zusammenarbeit	3
Mehrheit für gemeinsame Schulden zur Finanzierung von EU-Corona-Hilfen.....	5
Politikerzufriedenheit: Merkel weiter im Hoch.....	6
Weiterhin Mehrheit mit Bundesregierung zufrieden	7
Sonntagsfrage: stabile Wählerstimmung.....	8
Alltag in Corona-Zeiten: Deutsche geben sich regelbewusst	10
Studieninformation.....	11

Zusammenfassung

Die Bundesrepublik hat Mitte dieser Woche den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen und sich hierfür mehrere Arbeitsschwerpunkte gesetzt. Aus Sicht der Bürger sollte sich Deutschland während seiner Ratspräsidentschaft bis Ende des Jahres vor allem auf Aspekte des Klimaschutzes und der Bewältigung der Corona-Folgen konzentrieren. Eine tragende Rolle bei der Eindämmung der Pandemiefolgen kommt dem geplanten europäischen Konjunkturprogramm der EU-Kommission zu. Ein solches Hilfsprogramm geht nach Ansicht von gut zwei Dritteln grundsätzlich in die richtige Richtung. Nur ein Fünftel äußert sich prinzipiell ablehnend. Auch die geplante Aufnahme gemeinsamer Schulden durch die EU-Staaten zur Finanzierung der europäischer Konjunkturlösungen findet bei den Bundesbürgern überwiegend Unterstützung. Mehrheitlichen Widerspruch erntet dagegen die Idee, die EU-Hilfen an die betroffenen Länder vornehmlich als Zuschüsse zu vergeben: Drei von zehn unterstützen den entsprechenden Vorschlag der Kommission. Sechs von zehn favorisieren stattdessen, die Hilfen überwiegend als Kredite zu vergeben – darunter auch eine Mehrheit der Anhänger von CDU/CSU und SPD.

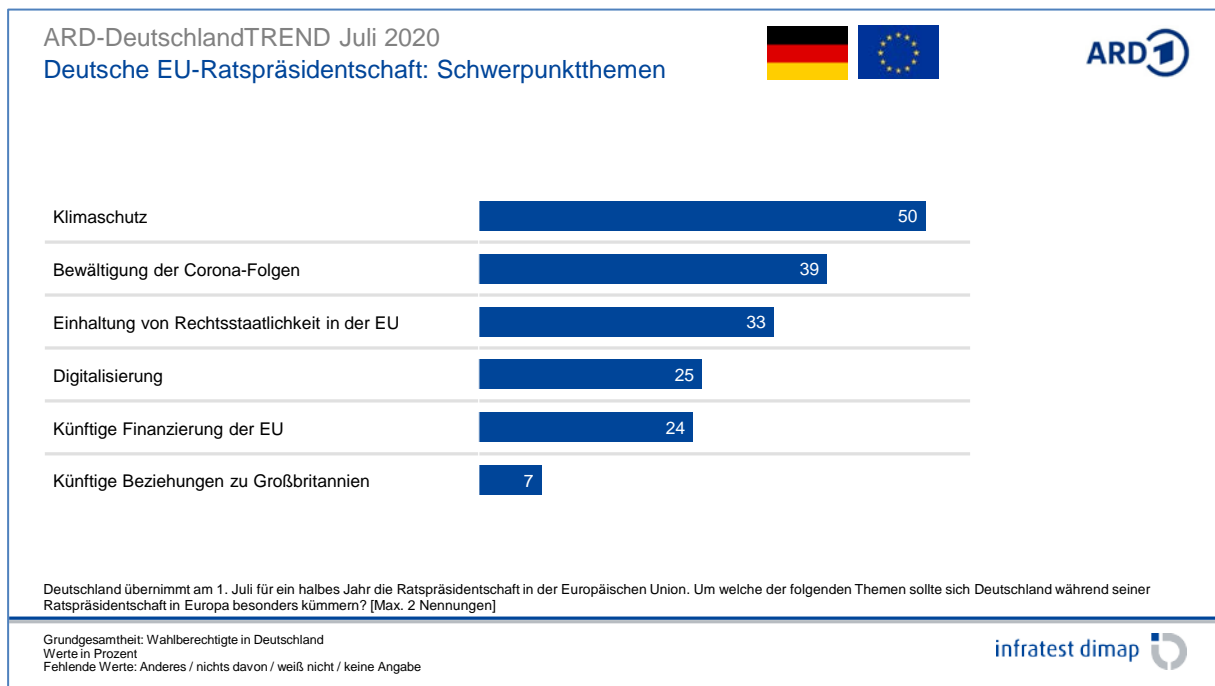
Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, aber auch die Bürgerinnen und Bürger von der Ausgestaltung des Corona-Wiederaufbauprogramms zu überzeugen, könnte in den kommenden Wochen zu einer der zentralen Herausforderungen für die Bundeskanzlerin werden. In der eigenen Bevölkerung genießt Angela Merkel weiterhin einen hohen Rückhalt: Zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft äußern sich unverändert sieben von zehn Wahlberechtigten zufrieden zu ihrer Arbeit. Wie die Kanzlerin können auch die Kabinettschefs ihre hohen Zufriedenheitswerte der letzten Monate etwa halten oder ausbauen. Die hohen Unterstützungswerte für die Kanzlerin und die wichtigsten Berliner Ressortchefs gehen nach wie vor Hand in Hand mit einem großen Vertrauen in die Arbeit der Bundesregierung insgesamt: Kaum verändert zum Vormonat bewertet mit 63 Prozent auch im Juli die Mehrzahl der Wahlberechtigten die Berliner Regierungsarbeit wohlwollend.

Weitgehend stabil präsentiert sich auch die bundesweite Wählerstimmung. Die CDU/CSU gibt in der Sonntagsfrage zum Vormonat einen Punkt ab und hätte bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt einen Stimmenanteil von 37 Prozent in Aussicht. Der Koalitionspartner SPD legt im gleichen Umfang (+1) zu und käme auf 16 Prozent. In den Reihen der Opposition verbessern sich Grüne und AfD jeweils geringfügig (jeweils +1), während Linke und FDP gegenüber Juni etwas einbüßen (jeweils -1). Im Ergebnis kämen die Grünen momentan auf 20 Prozent, Die AfD würde einen Stimmenanteil von 10 Prozent erzielen. Die Linke könnte mit einem Anteil von 7 Prozent rechnen. Die FDP müsste mit 5 Prozent um ihren Wiedereinzug in den Bundestag kämpfen. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen unverändert 5 Prozent erzielen.

Ungeachtet aktuell niedriger Corona-Infektionszahlen in Deutschland mahnt die Politik in Bund wie Ländern die Bevölkerung, die Pandemie nach wie vor ernst zu nehmen. Sorglos sind die Deutschen keineswegs. Immerhin 50 Prozent machen sich sehr große bzw. große Sorgen, dass die Zahl der Corona-Infektionen in den kommenden Wochen wieder deutlich ansteigen könnte. Zugleich orientiert sich das Gros der Bürgerinnen und Bürger nach eigenen Angaben in ihrem Alltag durchaus an bestehende Empfehlungen und Regelvorgaben. Etwa neun von zehn geben an, sich wegen Corona die Hände häufig zu waschen, sich aktuell um deutlichen Abstand zu anderen Menschen zu bemühen und Menschenansammlungen zu meiden. Sieben von zehn signalisieren, weiterhin nur eingeschränkt Freunde und Verwandte zu treffen. Fast jeder Fünfte verweist darauf, seinen Mund-Nasen-Schutz sogar außerhalb von Geschäften, Restaurants und öffentlichen Verkehrsmitteln zu tragen.

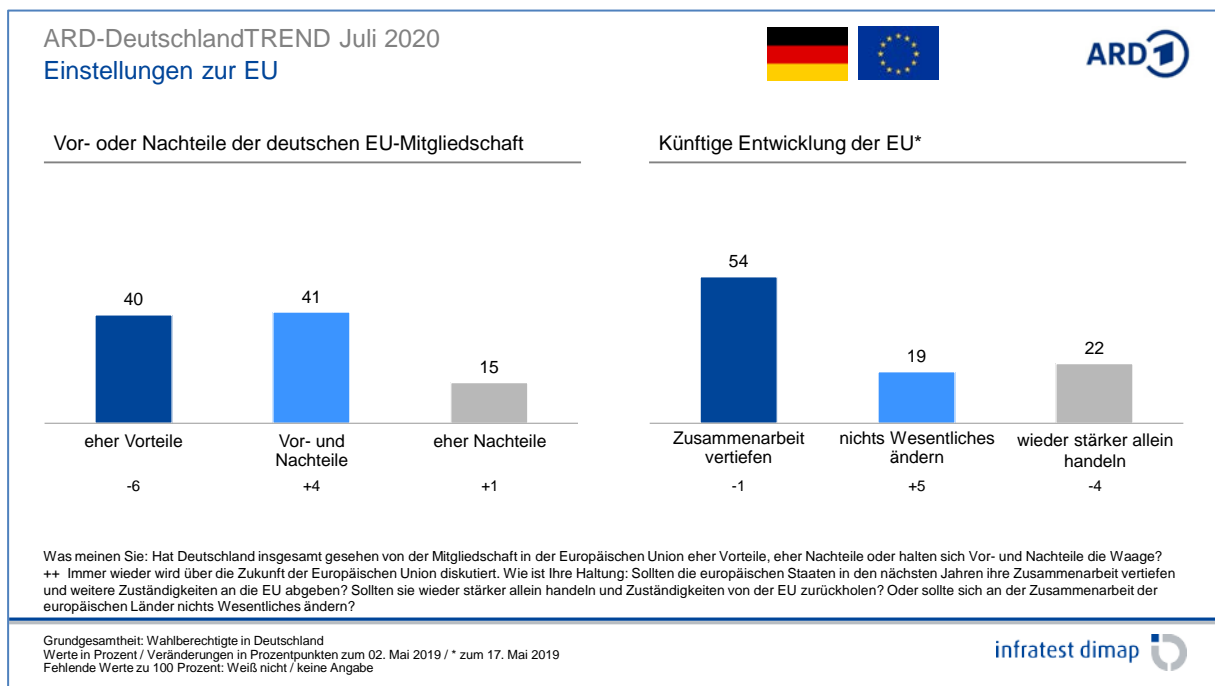
EU-Ratspräsidentschaft: Klimaschutz und Corona-Folgen im Vordergrund

Deutschland hat Mitte dieser Woche den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen und sich hierfür unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ mehrere Arbeitsschwerpunkte gesetzt. Aus aktueller Sicht der Bundesbürger sollte sich Deutschland während seiner sechsmonatigen Ratspräsidentschaft vor allem auf Aspekte des Klimaschutzes (50 Prozent) und der Bewältigung der Corona-Folgen (39 Prozent) konzentrieren. Die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in der EU (33 Prozent), Fragen der Digitalisierung (25 Prozent) und des kommenden EU-Haushalts (24 Prozent) stehen demgegenüber in der Bevölkerungswahrnehmung etwas zurück. Der Ausgestaltung der künftigen Beziehungen zu Großbritannien (7 Prozent) wird am Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft nur von wenigen Vorrang eingeräumt.



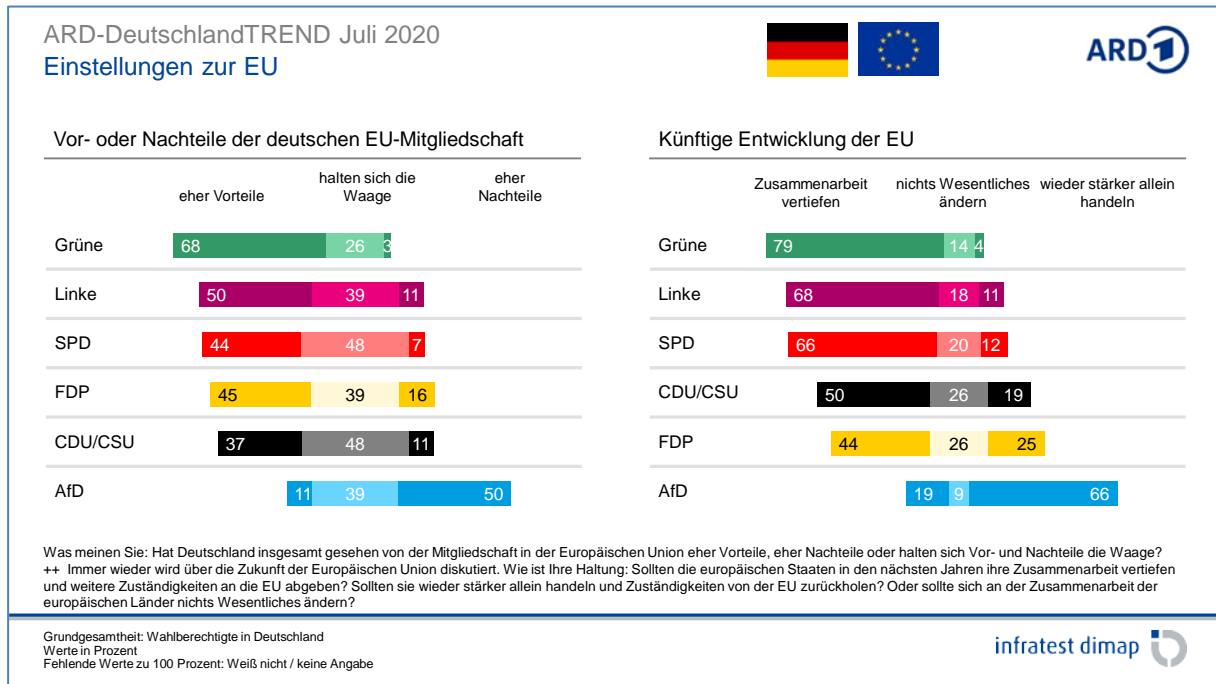
Die Deutschen und die EU: Gut die Hälfte für vertiefte Zusammenarbeit

Die Einstellung der Bundesbürger zur deutschen Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat sich gegenüber der Europawahl 2019 leicht eingetrübt. Ähnlich wie im Mai letzten Jahres verbindet zwar nur jeder Siebte (15 Prozent; +1) mit der EU-Mitgliedschaft Nachteile für Deutschland. Der Anteil derer, die Vorteile für Deutschland ausmachen, ist allerdings von 46 auf 40 Prozent (-6) gesunken. Zulauf hat stattdessen die Haltung, wonach sich die Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Deutschland in etwa die Waage halten (41 Prozent; +4).



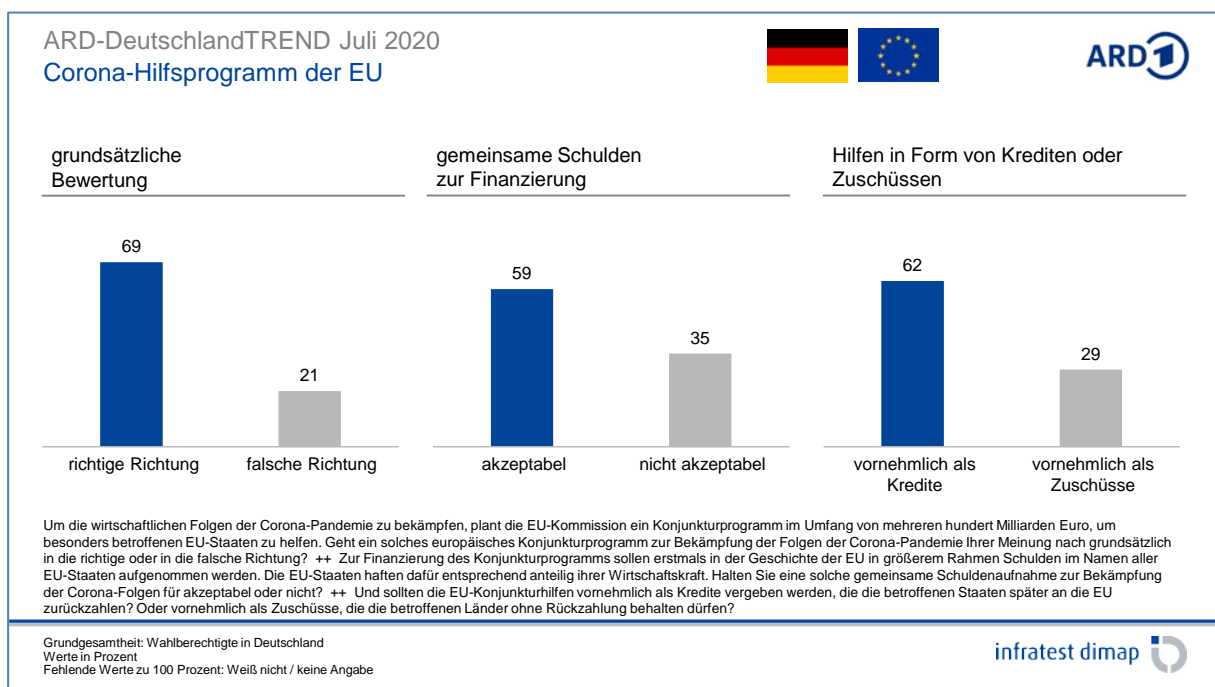
Während die Vorteile der deutschen EU-Mitgliedschaft etwas seltener identifiziert werden als vor einem Jahr, hat sich die positive Haltung zu einer engeren Kooperation innerhalb der EU kaum verändert. Ähnlich wie zur Europawahl vor gut einem Jahr favorisieren 54 Prozent (-1) eine vertiefte Zusammenarbeit und eine weitere Verlagerung von Zuständigkeiten an die EU. 19 Prozent wollen stattdessen das bislang erreichte Integrationsniveau in der EU halten (+5). Nur ein Fünftel (22 Prozent; -4) favorisiert ein stärker eigenständiges Handeln der Mitgliedsstaaten und eine Rückführung europäischer Kompetenzen auf die nationale Ebene.

EU-freundlich eingestellt sind in der Bundesrepublik insbesondere die Anhänger der Grünen. Sie verbinden mit der EU-Mitgliedschaft besonders häufig Vorteile für Deutschland (68 Prozent) und plädieren auch am stärksten für eine vertiefte Zusammenarbeit (79 Prozent). Ihnen gegenüber stehen die AfD-Anhänger, die kaum Vorteile in der deutschen EU-Mitgliedschaft erkennen wollen (11 Prozent) und auch mehrheitlich die Rückkehr zu einem eigenständigeren Handeln der einzelnen EU-Staaten (66 Prozent) favorisieren.



Mehrheit für gemeinsame Schulden zur Finanzierung von EU-Corona-Hilfen

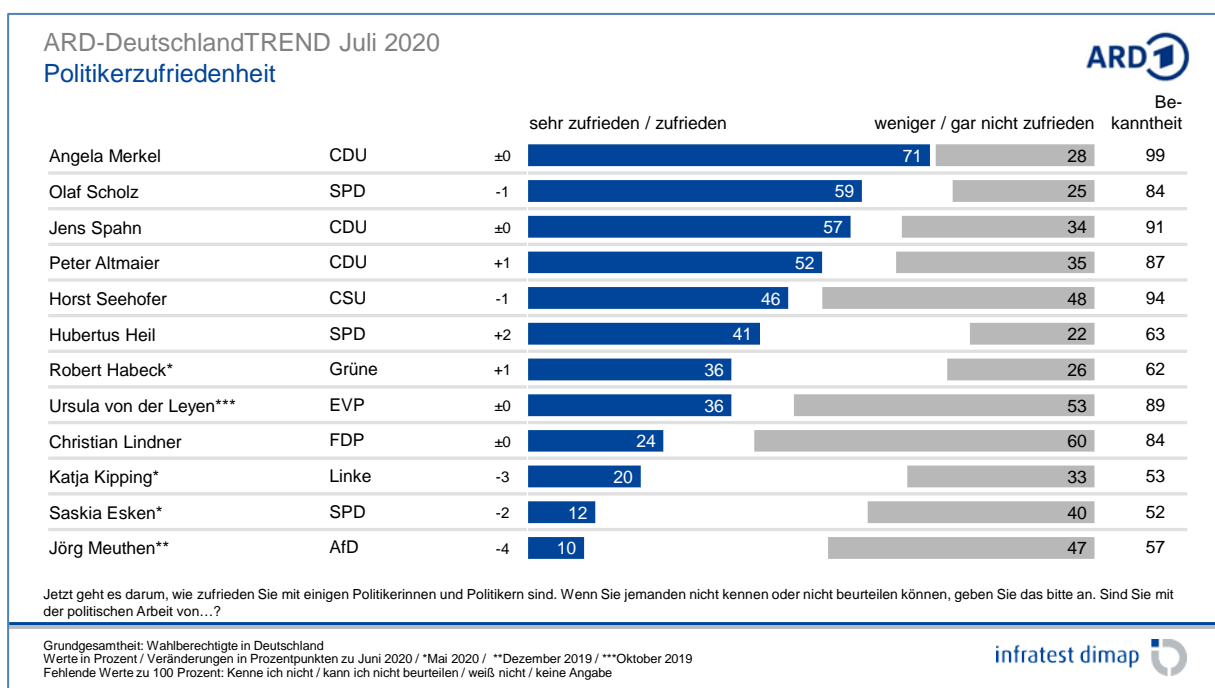
Eine tragende Rolle bei der Eindämmung der Corona-Folgen in Europa soll das geplante milliarden-schwere Corona-Konjunkturprogramm der EU-Kommission spielen, das nicht zuletzt auch von der Bundesregierung unterstützt wird. Ein europäisches Hilfsprogramm für besonders von der Pandemie betroffene Mitgliedsländer, wie von der Kommission vorgeschlagen, geht nach Ansicht von gut zwei Dritteln (69 Prozent) grundsätzlich in die richtige Richtung. Nur ein Fünftel (21 Prozent) äußert sich prinzipiell ablehnend. Auch die geplante Aufnahme gemeinsamer Schulden durch die EU-Staaten zur Finanzierung des Corona-Hilfsprogramms findet bei den Bundesbürgern mit 59 Prozent überwiegend Unterstützung, während ein gutes Drittel (35 Prozent) diese Form der Finanzierung ablehnt.



Mehrheitlichen Widerspruch erntet dagegen bei den Bundesbürgern der Plan, die EU-Hilfen an die betroffenen Länder vornehmlich als Zuschüsse vergeben zu wollen: Drei von zehn (29 Prozent) unterstützen den entsprechenden Vorschlag der Kommission. Sechs von zehn Bundesbürgern (62 Prozent) favorisieren stattdessen, die Corona-Hilfen überwiegend als Kredite zu vergeben, die später an die EU zurückzahlen sind – darunter auch eine Mehrheit der Anhänger von CDU/CSU (78 Prozent) und SPD (62 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Merkel weiter im Hoch

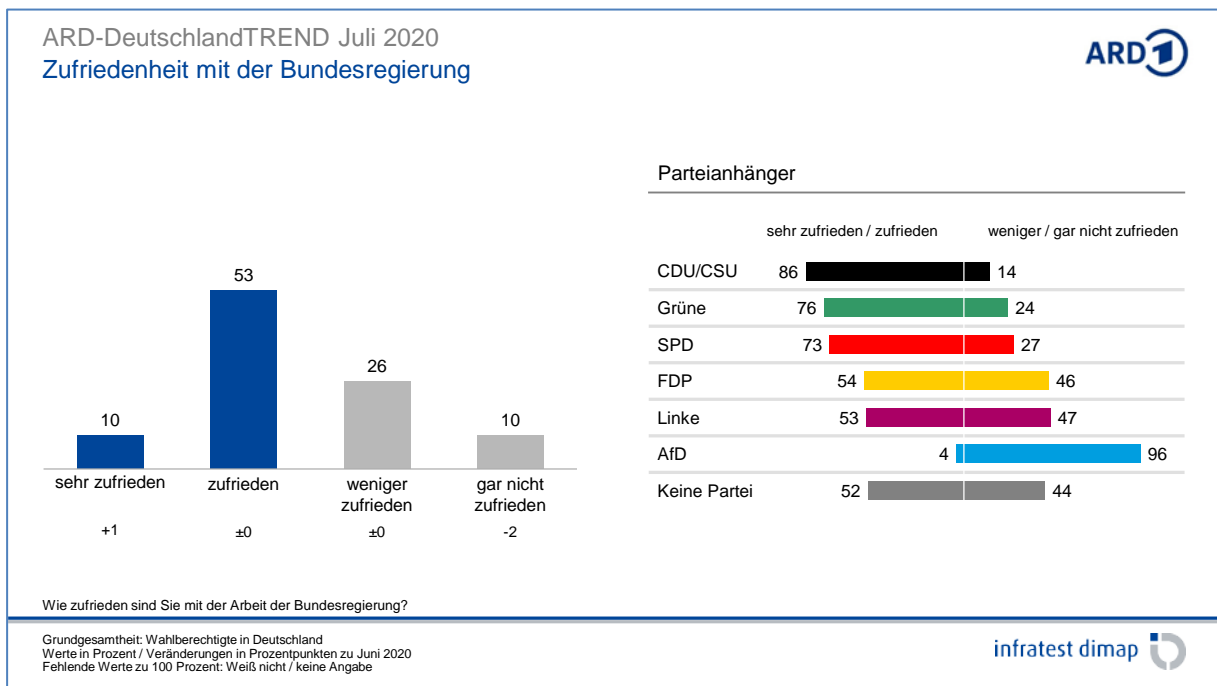
Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, aber auch die Bürgerinnen und Bürger von der Ausgestaltung des Corona-Wiederaufbauprogramms zu überzeugen, könnte in den kommenden Wochen zu einer der zentralen Herausforderungen für die Bundeskanzlerin werden. In der eigenen Bevölkerung genießt Angela Merkel weiterhin einen hohen Rückhalt. Zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft äußern sich unverändert sieben von zehn Wahlberechtigten (71 Prozent; +/-0) zufrieden zu ihrer Arbeit. Einen deutlich schwereren Stand hat bei den Bundesbürgern die deutsche Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der wie vor ihrem Brüsseler Amtsantritt lediglich ein gutes Drittel (36 Prozent) ein positives Zeugnis ausstellt.



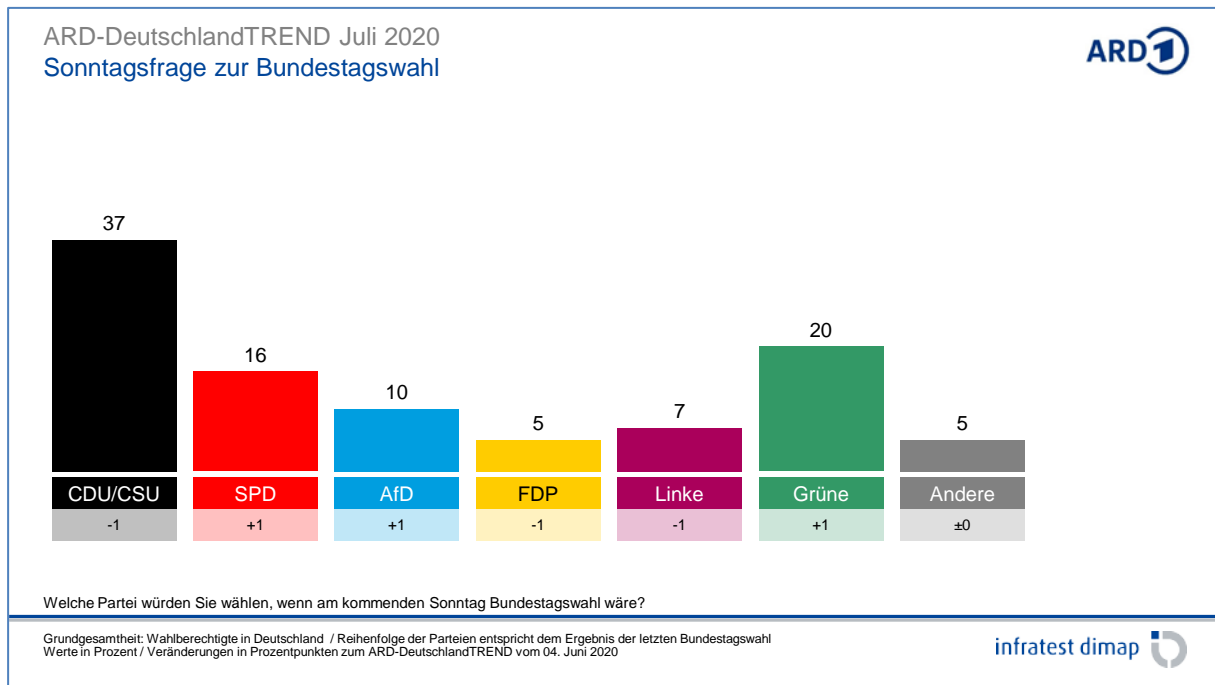
Wie die Kanzlerin können auch die Kabinettsmitglieder ihre hohen Zufriedenheitswerte etwa halten oder sogar ausbauen. Nicht nur Finanzminister Olaf Scholz (59 Prozent; -1) und Gesundheitsminister Jens Spahn (57 Prozent; +/-0) schneiden im Urteil der Bevölkerung ähnlich ab wie im Vormonat, sondern auch Wirtschaftsminister Peter Altmaier (52 Prozent; +1) und Innenminister Horst Seehofer (46 Prozent; -1). Arbeitsminister Hubertus Heil erzielt mit einem Zuspruch von 41 Prozent (+2) im Juli sogar einen neuen persönlichen Bestwert. Die Spitzen der Berliner Opposition bleiben hierhinter erkennbar zurück. Am vergleichsweise populärsten ist der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck, mit dessen Arbeit ein gutes Drittel zufrieden ist (36 Prozent; +1 zu Mai). FDP-Vorsitzender Christian Lindner wird wie im Vormonat von 24 Prozent positiv bewertet. Hinter ihm folgt Linken-Parteichefin Katja Kipping (20 Prozent; -3 zu Mai). Zur SPD-Vorsitzenden Saskia Esken äußern sich 12 Prozent (-2 zu Mai) zustimmend. Nach wie vor traut sich die Hälfte zu ihrer Arbeit kein Urteil zu. Schlusslicht ist AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen (10 Prozent; -4 zu Dezember).

Weiterhin Mehrheit mit Bundesregierung zufrieden

Die hohen Unterstützungswerte für die Kanzlerin und ihre wichtigsten Ressortchefs gehen weiterhin Hand in Hand mit einem großen Vertrauen in die Arbeit der Bundesregierung insgesamt. Kaum verändert zum Vormonat bewertet mit 63 Prozent (+1) auch im Juli die Mehrzahl der Wahlberechtigten die Berliner Regierungsarbeit wohlwollend. Außerhalb der eigenen Reihen erhält Schwarz-Rot mehrheitlich Unterstützung von den Anhängern der Grünen (76 Prozent). In den Reihen von FDP (54:46 Prozent) und Linken (53:47 Prozent) überwiegt derzeit das positive Bild leicht. Die AfD-Anhänger üben faktisch geschlossen Kritik an den Regierungsleistungen (4:96 Prozent).



Sonntagsfrage: stabile Wählerstimmung

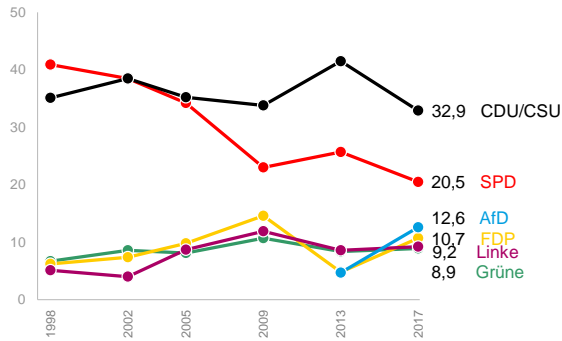


Weitgehend stabil präsentiert sich auch die bundesweite Wählerstimmung. Die CDU/CSU gibt in der Sonntagsfrage zum Vormonat einen Punkt ab und hätte bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt einen Stimmenanteil von 37 Prozent in Aussicht. Der Koalitionspartner SPD legt im gleichen Umfang (+1) zu und käme auf 16 Prozent. In den Reihen der Opposition verbessern sich Grüne und AfD jeweils geringfügig (jeweils +1), während Linke und FDP gegenüber Juni etwas einbüßen (jeweils -1). Im Ergebnis kämen die Grünen momentan auf 20 Prozent, Die AfD würde einen Stimmenanteil von 10 Prozent erzielen. Die Linke könnte mit einem Anteil von 7 Prozent rechnen. Die FDP müsste mit 5 Prozent um ihren Wiedereinzug in den Bundestag kämpfen. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen unverändert 5 Prozent erzielen.

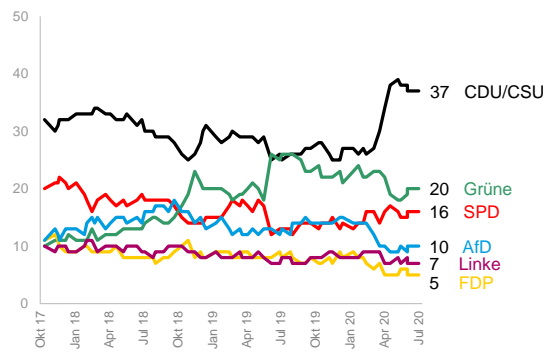
ARD-DeutschlandTREND Juli 2020
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



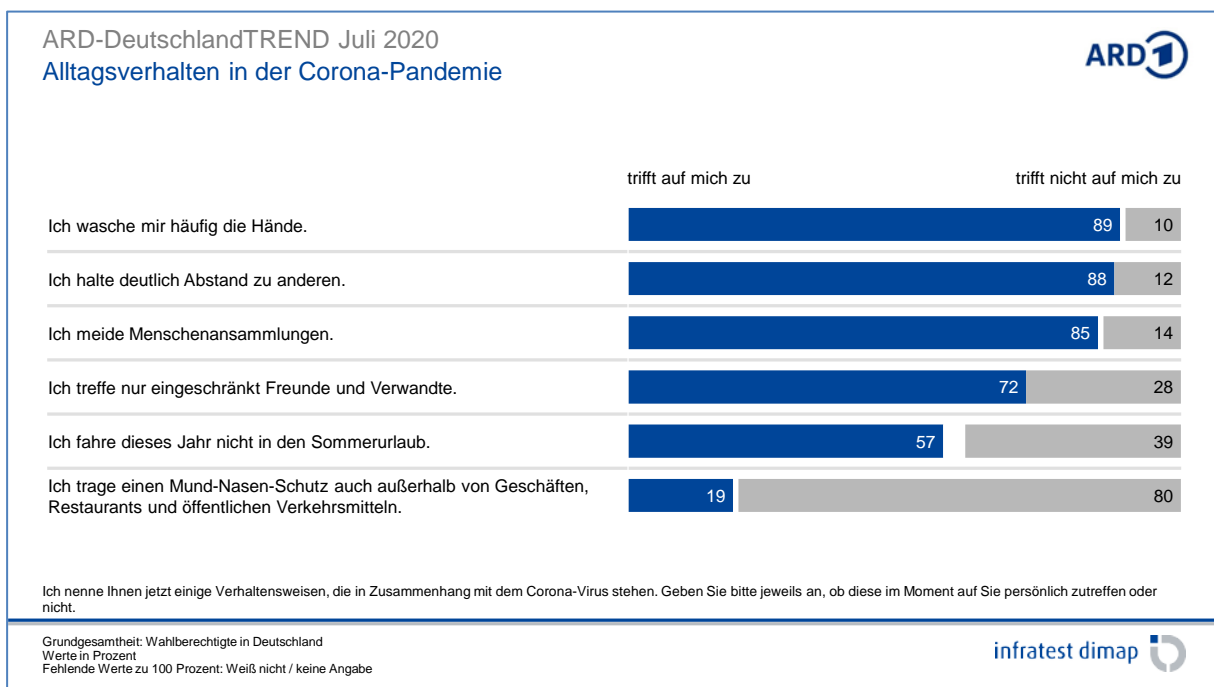
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Alltag in Corona-Zeiten: Deutsche geben sich regelbewusst

Ungeachtet niedriger Corona-Infektionszahlen in Deutschland mahnt die Politik in Bund wie Ländern die Bevölkerung, die Pandemie nach wie vor ernst zu nehmen. Sorglos sind die Deutschen keineswegs. Immerhin 50 Prozent machen sich sehr große bzw. große Sorgen, dass die Zahl der Corona-Infektionen in den kommenden Wochen wieder deutlich ansteigen könnte. Zugleich orientiert sich das Gros der Bürgerinnen und Bürger nach eigenen Angaben in ihrem Alltag durchaus an bestehende Empfehlungen und Regelvorgaben. Etwa neun von zehn geben an, sich wegen Corona die Hände häufig zu waschen (89 Prozent), sich aktuell um deutlichen Abstand zu anderen Menschen zu bemühen (88 Prozent) und Menschenansammlungen zu meiden (85 Prozent). Sieben von zehn signalisieren, weiterhin nur eingeschränkt Freunde und Verwandte zu treffen (72 Prozent). Fast jeder Fünfte (19 Prozent) verweist darauf, seinen Mund-Nasen-Schutz sogar außerhalb von Geschäften, Restaurants und öffentlichen Verkehrsmitteln zu tragen.



Empfehlungen und Vorgaben für den Alltag mit Corona werden von der Mehrheit der Deutschen nach eigenen Angaben eingehalten, sie bremsen offensichtlich vielfach auch die Lust, bisherige Freiheiten in gewohnter Weise zu genießen: So erklärt zum Ferienbeginn mehr als die Hälfte der Deutschen (57 Prozent), im Corona-Sommer 2020 nicht verreisen zu wollen.

ARD-DeutschlandTREND Juli 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	29. Juni bis 30. Juni 2020 Sonntagsfrage: 29. Juni bis 01. Juli 2020	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3